

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5632

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5632](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5632)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Menschen sind nicht  
das Problem — *rechte  
Hetze schon!*

***NEIN*** zur  
**10-Millionen-  
Initiative am  
14. Juni**

Für eine solidarische  
Migrationspolitik.

**Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ist keine Lösung, sondern Teil des Problems. Die Initiative steht für eine Politik der Angst, der Ausgrenzung und der falschen Versprechen. Wir stellen ihr eine solidarische Migrationspolitik entgegen, die auf Bewegungsfreiheit und gleichen Rechten für alle basiert.**

### **10 Millionen? Falsche Frage.**

Die Initiative reduziert komplexe Probleme auf eine fixe Zahl und spielt so mit Ängsten. Doch steigende Mieten und Gesundheitskosten, Lohndruck oder die Überlastung der Infrastruktur liegen nicht an der Bevölkerungszahl, sondern an falschen Prioritäten und politischen Entscheidungen.

### **Diese Krise ist hausgemacht.**

Seit Jahren werden grundlegende soziale und wirtschaftliche Rechte systematisch ausgehöhlt. Gleichzeitig behaupten die Initiant:innen, die Schweiz sei überlastet. So redet die extreme Rechte Probleme herbei, die sie bewirtschaften kann, um repressive Massnahmen gegen Migrant:innen zu rechtfertigen.

### **Wer Begrenzung sagt, meint Ausgrenzung.**

Die Initiative folgt einer einstudierten Strategie: Migration als Bedrohung darzustellen ermöglicht es, Migrant:innen als Sündenböcke für soziale Probleme verantwortlich zu machen, ihre Rechte einzuschränken und ihren Ausschluss als einzige Lösung erscheinen zu lassen.

### **Diese Politik spaltet.**

Die Initiative zeigt, wie die extreme Rechte die Vorstellungskraft vergiftet. Der obsessive Abbau von Rechten hat keinerlei Auswirkungen auf die tatsächlichen Migrationszahlen. Er hat aber schwerwiegende Folgen für unsere Lebensbedingungen. Höchste Zeit, diese Politik der Spaltung zu beenden und durch eine echte Zukunftsvision zu ersetzen.

## **Migration ist normal.**

Menschen sind schon immer gewandert: Verliebte, die ihren Partner:innen ins Ausland folgen, politische Oppositionelle, die ins Exil gehen, Familien, die vor Krieg fliehen oder Unternehmer:innen, die aus steuerlichen Gründen den Kanton wechseln – alle ziehen um, um ein besseres Leben zu führen. Jede Politik, die Migration als Problem und nicht als normal betrachtet, irrt und kann nur falsche Lösungen ins Auge fassen.

## **Keine Schweiz ohne Migration.**

Mehr als 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung hat eine Migrationsgeschichte. Migration ist also ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Frage ist nicht, ob es Migration geben soll, sondern wie wir gleiche Rechte für alle erreichen, die in diesem Land leben.

## **Solidarität kennt keine Grenzen.**

Solidarität heisst, Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Deshalb muss die Politik der Ausgrenzung und Entrechtung beendet werden. Auch die Errungenschaften der Personenfreizügigkeit und des Familiennachzugs dürfen nicht aufgekündigt werden. Stattdessen müssen sie gestärkt und in Richtung von mehr Bewegungsfreiheit ausgeweitet werden.

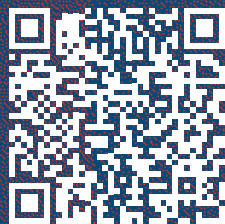
## ***NEIN zur 10-Millionen-Initiative!***

## ***Ein antifaschistisches Gebot der Stunde.***

Migrationsfeindliche Politik und die Dämonisierung der «Anderen» waren schon immer das Einfallstor der extremen Rechten zur Macht. Sollte die Initiative umgesetzt werden, müsste die Schweiz die Menschenrechts- und die Flüchtlingskonvention kündigen - völkerrechtliche Verträge, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer klaren Absicht unterzeichnet wurden: «Nie wieder!»

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» fördert eine Politik der Krise und des Chaos, die autoritären Tendenzen zum Durchbruch verhilft. Sie löst keine Probleme, sondern verschärft sie. Dem halten wir eine realistische und gerechte Migrationspolitik entgegen. Denn Solidarität kennt keine Grenzen — sie ist es, die uns zusammenhält!

Mehr Informationen zu  
unserer Kampagne →



**Solidarité  
sans frontières**

Schwanengasse 9, 3011 Bern  
[www.sosf.ch](http://www.sosf.ch), [sekretariat@sosf.ch](mailto:sekretariat@sosf.ch)  
IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6